MODERNE VERWALTUNG MEISTERN

Dezentralisieren war gestern – jetzt bündeln wir

Eine Kolumne von **Dr. Gisela Meister-Scheufelen**

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind eine Vielzahl von Behörden eingerichtet worden, allein auf Bundesebene über 900. In den Ländern gab es zuletzt eine besondere Aufbauphase in den 80er-Jahren, als mehr Bürgernähe erreicht werden sollte, indem selbst in kleinen Kommunen Landesbehörden eingerichtet wurden. Gleichzeitig wurden eine Vielzahl von spezialisierten Behörden (Umwelt-, Naturschutz-, Wasserbehörde etc.) eingerichtet.

Das Zeitalter der Digitalisierung ermöglicht und macht es notwendig, dass jetzt die große Reform der Aufgaben und Zuständigkeitsbündelung kommt. Der Nationale Normenkontrollrat hat dazu eine lesenswerte Studie „Bündelung im Föderalstaat – zeitgemäße Aufgabenorganisation für eine leistungsfähige und resiliente Verwaltung“ erstellen lassen.

Kleine Kommunen können leicht überfordert sein

Es gibt immer noch Kommunen mit unter 20.000 Einwohnern mit einer Baurechtsbehörde, obwohl sie längst nicht mehr in der Lage sind, die Komplexität des Baurechts zu beherrschen, geschweige denn, mit der Digitalisierung mitzuhalten. Erst die Übertragung der Zuständigkeit auf größere Kommunen und Landratsämter wird es ermöglichen, dass durchgehend digitalisiert wird und die Verfahren beschleunigt werden.

Wo Konzentrationen Sinn machen

Für die Kfz-Anmeldung könnte ohne Weiteres bundesweit eine einzige Behörde zuständig sein. Schließlich handelt es sich um eine gebundene Entscheidung nach Bundesrecht, deren Verfahren durchgehend digitalisiert werden können.Die Vorteile liegen auf der Hand: Kosteneinsparung aufgrund von Skaleneffekten und Effizienzgewinnen, Überwindung von Personalmangel, Konzentration von Kompetenzen, schnellere Verfahren und bessere Qualität von Verwaltungsleistungen. Entscheidend ist: Die Bündelung in einer zentralen Einheit ist häufig die einzige Möglichkeit, dass die Verwaltung die IT-Anforderungen personell, technisch und finanziell stemmen kann.

Solche Konzentrationen machen Sinn, wenn sie – wie bei der Kfz-Anmeldung – keine Ortskenntnis und Bürgernähe benötigen und die Verwaltung kein Ermessen ausübt, sondern bei Vorliegen der erforderlichen Nachweise die Genehmigung erteilen muss. Für Antragstellerinnen und Antragsteller, die den digitalen Anforderungen nicht gewachsen sind, müssen Bürgerbüros in den Gemeinden einen kundenfreundlichen Service anbieten und die Einleitung des digitalen Verfahrens für die Bürgerinnen und Büger übernehmen.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen ist Dozentin, Autorin und ehemalige Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg.

Foto: BS/privat

Vorteile der ortsnahen Erledigung

Was wir nicht übersehen sollten: Der Vorteil einer ortsnahen Erledigung von Aufgaben besteht auch in der größeren Transparenz behördlichen Handelns und zum anderen in der Kontrolle der Verwaltung durch lokale Öffentlichkeit und den Gemeinderat. Bei der Konzentration auf zentrale Einheiten muss man deshalb der Gefahr begegnen, dass der Staat anonym, intransparent und für den Bürger nicht mehr zugänglich agiert.

Warum tun wir uns so schwer mit der Bündelung?

Wenn eine Kommune oder ein Landratsamt Aufgaben abgibt, wird dies häufig als Machtverlust und als drohender Bedeutungsverlust empfunden. Diese Haltung ist angesichts der Finanz- und Personalprobleme vieler Kommunen schwer nachvollziehbar. Da sie die Aufgaben häufig nur noch unzureichend erledigen können (lange Wartezeiten, lange Genehmigungsverfahren, schlechte Erreichbarkeit von Mitarbeitenden etc.) und deshalb der Kritik durch Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sind, dürfte die Konzentration auf einen Aufgabenumfang, der geleistet werden kann, eigentlich ein großer Gewinn sein. Kommunen könnten sich auf ihre ureigenen kommunalen Aufgaben mit Gestaltungspotenzial konzentrieren. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Dies gilt auch für Abgeordnete: Politische Erfolge sollten nicht dadurch nachgewiesen werden, dass man den Verlust einer Behörde verhindern konnte, sondern dazu beigetragen hat, die Genehmigungsverfahren für die Unternehmen im Wahlkreis zu beschleunigen.

Baden-Württemberg macht es vor

Auf Anregung der IHK Region Stuttgart hat die Landesregierung von Baden-Württemberg jetzt eine Landesagentur für ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren eingerichtet. Die Agentur ist eine auf das Fachkräfte-Einwanderungsgesetz spezialisierte Anlaufstelle für Unternehmen und soll dazu beitragen, dass die Prozesse besser koordiniert und effizienter sowie schneller werden. Seit 1. April 2025 können Unternehmen dort die Durchführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens (digital) beantragen. Vor allem die berufliche Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen von ausländischen Fachkräften soll beschleunigt werden. Diese Maßnahme konzentriert Zuständigkeiten von 137 Ausländerbehörden.

Dies ist ein Beispiel, dem viele folgen sollten.